

«Gute Klimapolitik muss sozialverträglich sein»

Zur Erreichung eines globalen Klimaschutzes ist die Politik gefordert. Wo setzt die Schweiz als kleines Land mit einer starken internationalen Ausstrahlung ihre klimapolitischen Ziele? Bundesrätin Simonetta Sommaruga hat als Umwelt-, Verkehrs- und Energieministerin gerade drei Dossiers in ihren Händen, die für das Erreichen einer gesunden Klima- und Energiepolitik notwendig sind. Wir haben sie zum *bigger picture* interviewt.

SIMONETTA SOMMARUGA im Gespräch mit ESTHER HÜRLIMANN und RETO WILHELM

Frau Bundesrätin, Sie verantworten in Ihrem Departement die Themen Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation – und wenn man genau hinschaut, dreht sich da fast alles um die Klimafrage. Arbeiten Sie quasi Tag und Nacht?

Zentral für den Klimaschutz ist die Dekarbonisierung, die Abkehr von den fossilen Energien also. Sie ist tatsächlich in meiner Arbeit ein roter Faden, der sich durch alle Bereiche hindurchzieht. Und ja, ich habe nicht selten lange Tage und bisweilen auch schlaflose Nächte.

Vermutlich jetzt erst recht, da wir uns – ausgelöst durch den Krieg in Europa – mit einer veritablen Energiekrise konfrontiert sehen, die unmittelbar an die Frage der Dekarbonisierung gekoppelt ist.

Wir erleben momentan einen fundamentalen Wandel, der alle Lebensbereiche erfasst. Was für mich klar ist und sich jetzt mehr denn je zeigt: Erfolgreicher Klimaschutz geht nur, wenn wir gleichzeitig die Versorgung mit Energie sicherstellen. Wenn ich meinem Grosskind sage, in fünfzig Jahren heizen wir nicht mehr mit Öl und fahren ohne Benzin, dann muss ich ihm auch aufzeigen können, woher stattdessen die Energie stammt. So müssen wir auch in anderen Bereichen vorgehen, die dem Klimaschutz dienen. Nehmen Sie den öffentlichen Verkehr: Da ist die Schweiz spitze. Bereits 1994 hat das Volk die Alpen-

initiative für die Verlagerung des alpenquerenden Güterverkehrs auf die Schiene angenommen – ein starker Pfeiler unserer Verkehrspolitik. Und seither haben wir hier auch grosse Fortschritte gemacht. Aber dafür brauchte es Investitionen in unser Schienennetz.

Nichtsdestotrotz hören wir von Wissenschaft und Wirtschaft immer wieder den Vorwurf, die Politik hinke der Realität hinterher. Was kann Politik denn in puncto Klimaschutz leisten – und was nicht?

Für mich ist klar: Gute Klimapolitik muss sozialverträglich sein. Es muss für uns alle möglich sein, ein klimafreundliches Leben zu führen. Das kann und darf nicht vom Portemonnaie abhängen. Dies ist übrigens eine logische Schlussfolgerung aus dem Scheitern des CO₂-Gesetzes. Die Menschen hatten den Eindruck, dass sie – obwohl sie sich klimagerecht verhalten – mehr bezahlen müssten fürs Autofahren, fürs Fliegen, fürs Heizen. Das wollte die Mehrheit nicht. Übersetzt heisst dies: Die Bevölkerung darf sich nicht bestraft fühlen.

Wie wollen Sie dies in der Neuauflage des Gesetzes bewerkstelligen?

Indem wir handfeste Unterstützung anbieten. Ein Beispiel bei der Infrastruktur ist der flächendeckende Bau von Ladestationen für E-Autos. Ein anderes Beispiel ist die Unterstützung von Vermiete-

rinnen und Vermietern, die in ihren Häusern und Wohnblöcken von Öl und Gas auf andere Heizquellen umrüsten. Das müssen sich alle leisten können, nicht nur die Reichen. Das ist die Stossrichtung des neuen CO₂-Gesetzes.

Und was ist mit der Wirtschaft?

Für die Wirtschaft gilt ein ähnlicher Mechanismus. Auch sie benötigt Investitionen in die Infrastruktur. Zudem braucht sie Innovation – in Form von Unterstützung für Forschungs- und Bildungseinrichtungen, die der Staat trägt. Was die Wirtschaft aber vor allem will, sind klare Rahmenbedingungen und damit Planungssicherheit. Wenn wir im Gesetz festlegen, dass wir bis 2030 den CO₂-Ausstoss – verglichen mit 1990 – um die Hälfte senken, dann sagen mir die Unternehmen: «Okay, wir können uns umstellen.» Gleiches gilt auch für das vom Bundesrat beschlossene Netto-null-Ziel bis 2050, das sich am Pariser Klimaabkommen orientiert.

Diesen Sommer erlebten wir eine regelrechte Hitzewelle, enorme Trockenheit sowie gewaltige Unwetterschäden. Die Versäumnisse der letzten dreissig Jahre – so das Credo der Wissenschaft – werden nun unmittelbar greifbar. Müsste da die Politik nicht stärker in den Krisenmodus umschal-

ten – ähnlich wie während der Pandemie? Wann ist der Punkt erreicht, wo wir Bundesrätin Sommaruga als Krisenmanagerin erleben, um die Bevölkerung wachzurütteln?

Während der Pandemie hat der Bundesrat zum Teil wöchentlich neue Massnahmen beschlossen, deshalb die hohe Kadenz in der Kommunikation. Es ist wichtig, dass wir in der Klima- und Energiepolitik Entscheide fällen, die wirklich etwas bringen. Heute schon verfügen wir über ein Programm von fast vier Milliarden Franken jährlich für die Umrüstung von Gebäuden auf Heizungen mit erneuerbarer Energie. Diesen Umstieg wollen wir noch beschleunigen. Bei den Ladestationen für E-Autos sieht es ähnlich aus; auch sie sind bereits heute vorhanden, aber sie reichen nicht aus. Der Bund sorgt nun dafür, dass rasch mehr dieser Stationen entlang unseres Nationalstrassennetzes aufgestellt werden. Oder nehmen Sie den Entscheid des Bundesrats, die Fotovoltaik bei Privaten und in der Landwirtschaft zu unterstützen. Er hatte zur Folge, dass noch nie so viel Solaranlagen gebaut wurden wie in den letzten zwei Jahren. Und dieser positive Trend hält an.

Trotzdem: Geht das wirklich schnell genug?

Natürlich gibt es jene, die meinen, wir seien viel zu langsam. Tatsache ist: Wir haben in den letzten vier Jahren schon einen Zacken zugelegt.



Klimaaktivisten während der Demonstration *Rise up for Change* in Bern im September 2020.

Allerdings gebe ich zu bedenken: Die Politik muss die Bevölkerung mitnehmen. Nur den Menschen zu sagen: «Es ist ernst!» – das genügt nicht. Die Bevölkerung braucht Entscheide, damit sie entsprechend handeln kann. Und deshalb sind die Antworten zur Versorgungssicherheit bei der Energie so wichtig.

Was heisst das konkret?
Der Bundesrat hat unter anderem beschlossen, bis 2030 1,2 Milliarden Franken in den Ausbau der Wasserkraft zu investieren. Wir müssen den Menschen zeigen: Die Energie ist vorhanden, wir unterstützen euch. Auf diesem Feld entstehen sehr attraktive Arbeitsplätze – dank Investitionen in unserem Land. Die Schweiz hat in den letzten zehn Jahren rund 80 Milliarden Franken im Ausland für Erdöl und Erdgas ausgegeben. Das ist Abhängigkeit pur.

Nun ist der Fussabdruck der Schweiz nicht wirklich berauschend. Sie haben an der Weltklimakonferenz in Glasgow gesagt: «Wir haben nicht viel Zeit – dieses Jahrzehnt ist entscheidend.» Wo könnte denn unser Land in Zukunft ein Vorbild auf der Weltbühne sein?
Erlauben Sie mir einen Hinweis: Wir leben bei uns das Prinzip der direkten Demokratie – mit der Volksabstimmung als letzter Instanz. Das ist ein hervorragendes Instrument, weil es die Bevölkerung von Anfang an auf eine Reise mitnimmt. Zugleich ist die direkte Demokratie immer langsamer als andere politische Systeme. Nehmen Sie wieder das gescheiterte CO₂-Gesetz: Das Parlament wollte Gutes tun und hat ganz viele Elemente in die Vorlage eingebaut. Nur war das Fuder zum Schluss überladen – und die Einzelwiderstände haben sich kumuliert.

Also nichts mit internationaler Vorreiterrolle?
Doch! In der Forschung ist die Schweiz seit Jahrzehnten führend. Wir liefern Spitzenforschung und wegweisende Technologien. Stichwort *carbon capture* oder *sustainable aviation fuel*: Wir haben Unternehmen, die aus Sonne und Luft Flugtreibstoff herstellen oder CO₂ aus der Luft holen und es im Boden versteinern lassen. Wo wir hingegen weniger gut sind, das ist die Förderung dieser Ideen bis zur Marktreife. Andere Länder haben einen Staatsfonds, der den Forschenden unter die Arme greift. In diesen Belangen sind wir in meinen Augen zu zurückhaltend. Das hat Folgen: Entweder werden die Start-ups mittelfristig aufgekauft und die Wertschöpfung ist weg – oder sie gehen ein.

Wie steht es um die ethische Verantwortung unseres hoch entwickelten Landes im Nord-Süd-Dialog?
Es beeindruckt mich immer sehr, wenn ich an internationalen Konferenzen wie kürzlich in Berlin Kolleginnen und Kollegen wie die Umweltministerin der Marshall Islands treffe, die mir eindringlich berichtete: «Wir gehen unter. Unsere Schulen sind einen Meter über Meereshöhe.» Oder wenn mir die südafrikanische Energieministerin erklärt, dass neunzig Prozent ihres Stroms mit Kohle produziert werden und daran Hunderttausende von Arbeitsplätzen hängen. Spätestens dann wird einem bewusst: Die Länder auf diesem Globus starten von ganz unterschiedlichen Ausgangspunkten. Mit dem Finger auf andere zu zeigen, bringt in der internationalen Energie- und Klimapolitik deshalb gar nichts – Resignation ebenfalls nicht.

Nicht unumstritten sind Investitionen in Kompensationsprojekte in sogenannten Drittweltländern. Auf der einen Seite ist von Ablasshandel die Rede, andererseits wird da oft gemogelt, indem die CO₂-Kompensation beiden Ländern angerechnet werden. Welche Linie verfolgt die Schweiz diesbezüglich?
Wir haben eigene strenge Grundsätze entwickelt, die Doppelanrechnungen ausschliessen. Unsere Lösung haben wir an der Klimakonfe-



Das Tessiner Unternehmen Skypull forscht an einem System, das mithilfe von Drohnen Windenergie aus einer Höhe von bis zu 400 Metern gewinnen soll – Höhenwinde sind stabiler und gleichmässiger als jene in Bodennähe.

renz in Glasgow unter einigem Aufsehen vorgestellt: Jenen Teil an CO₂, der durch solche Investitionen vermieden wird, darf sich nur die Schweiz in ihrer Ökobilanz anrechnen. Die unterstützten Staaten hingegen dürfen das Eingesparte nicht bei sich einkalkulieren. Wir haben damit einen Goldstandard geschaffen – zusammen mit jenen Staaten, in denen wir schon aktiv sind. So macht Kompensation durchaus Sinn. Nehmen wir das Beispiel Kochen: In Entwicklungsländern wird noch oft mit Holz gekocht, das beschleunigt die Abholzung von Wäldern, und beim Verbrennen wird CO₂ verursacht. Die Schweiz setzt in mehreren Ländern Gegenakzente, indem sie in klimafreundliche Kochstellen investiert und dies in Kompensationsabkommen festlegt.

Ein Tropfen auf den heissen Stein, könnte man sagen. Ketzerisch gefragt: Die Welt geht unter – und wir einigen uns darüber, dass dem so ist. Kommt man mit Konsens in der Klimapolitik tatsächlich weiter?
Die ehrliche Antwort lautet: Es gibt keinen anderen Weg. Denn das Pariser Klimaabkommen fusst genau auf diesem Prinzip – im Gegensatz zum Klimaprotokoll von Kioto. Nichts geht, wenn die Weltgemeinschaft sich nicht einig ist. Genau in diesem Punkt hat die Schweiz mit ihrer auf Konsens ausgerichteten Meinungsbildung eine Vorbildfunktion, die wir in den Verhandlungen sehr aktiv einbringen. In Glasgow ist uns gemeinsam mit Ruanda diesbezüglich ein erheblicher Fortschritt gelungen, was die Messung der Zielerreichung von Klimamassnahmen angeht.

Parallel dazu schreitet der Klimawandel massiv voran. In Ihrem Departement ist auch die Prävention gegen Naturgefahren angesiedelt. Wo stehen wir diesbezüglich?
Was viele nicht wissen: Unsere Natur ist von der Klimaveränderung stärker betroffen als in anderen Ländern, weil die Schweiz im Zentrum Europas am Alpenbogen stärker exponiert ist. Das erhöht das Risiko von Naturgefahren. Unsere Gletscher schmelzen rasant, der Permafrost taut auf, es kommt zu Steinschlägen, ganze Berge stürzen ins Tal. Dagegen wappnen wir uns, indem wir die kritischen Gebiete

in den Bergen besser überwachen, ein Warnsystem für Trockenheit aufbauen und den Schutzwald gut pflegen. Der Bund investiert für diese Massnahmen jedes Jahr über zweihundert Millionen Franken. Aber auch die Entwicklungsländer brauchen finanzielle Mittel, und zwar auch mit unserer Hilfe. Ich denke da an die Marshall Islands, die sofort Dämme benötigen. Zu beachten ist: Wir haben zwei miteinander verbundene Krisen, die Klimakrise und die Biodiversitätskrise. Fische sterben, weil die Flüsse und Seen zu warm werden, wie wir es diesen Sommer erlebt haben. Klimaschutz ist auch Naturschutz und ein wichtiger Beitrag zur Versorgungssicherheit. Wird es wärmer und wärmer, können wir unsere Stauseen nicht mehr genügend füllen und Kernkraftwerke nicht mehr ausreichend mit Flusswasser kühlen.

Werden Sie angesichts solcher Dimensionen nicht auch manchmal ungeduldig?
Doch, selbstverständlich. Vergessen wir aber nicht: Solche Transformationen, wie ich sie beschrieben habe, erzeugen immer auch Widerstand. Schauen Sie die letzten Volksabstimmungen in den Kantonen an, wo zahlreiche Vorlagen für die Verschärfung von Klimamassnahmen abgelehnt wurden. Wer vom Verkauf von Öl und Gas lebt, versucht, diese Transformation zu verlangsamen. Gleichzeitig blicken wir hoffnungsvoll in die USA, wo es Präsident Biden in einem Kraftakt gelungen ist, ein Riesenpaket von 369 Milliarden Dollar für den Klimaschutz zu schnüren. Das Pikante daran: Primär ist dies ein Investitionsprogramm für die Produktion alternativer Energien.

Und es sind Investitionen in die Sozialpolitik...
Richtig. Der Schlüssel beim Klimaschutz ist definitiv die Sozialverträglichkeit. Ich will mehr Tempo, keine Frage. Aber das können Sie nicht mit einem Drehen am «magischen Schalter» bewerkstelligen. Oft höre ich auch die Forderung, umweltschädliche Dinge seien einfach zu verbieten. Erinnern wir uns kurz an die von der Politik verordnete Einführung der Katalysatoren zur Abgasreduktion bei Autos in der Schweiz in den 1980er-Jahren: Diese Umstellung ist gelungen. Und wieso? Weil der Eingriff für die grosse Mehrheit bezahlbar war, weil die Technologie ausgereift und für alle zugänglich war. In dieser Form kann es gelingen, sogar in unserer bedächtigen Schweiz.

Die Klimajugend fordert eine neue Politik, welche die Probleme unmittelbarer anpackt und näher bei der Bevölkerung ist. Was halten Sie von solchen basisdemokratischen Ansätzen?
Sie sind definitiv spannend. Ich habe mir in Holland Projekte von Bürgerforen für den Klimaschutz angeschaut. Diese Foren erinnerten mich an unsere Gemeindeparlamente, wo Parteien zusammenarbeiten und kreative Lösungen suchen. So hat zum Beispiel der Kanton Basel-Stadt in der Klimapolitik wegweisende Beschlüsse gefasst, die wir auf nationaler Ebene so nicht hingekriegt hätten. Der oft geschmähte Föderalismus bietet grosse Chancen, direkt Einfluss zu nehmen.

Nun sind Sie auch Kommunikationsministerin. Weshalb ist es bislang nicht gelungen, diese Thematik angemessen zu vermitteln? Beispiel «Energiekrise». Wieso sprechen wir nicht von einer «Klimachance»? Dies ist eine berechtigte Frage. Die Frage der Energieversorgung – ausgelöst durch den schrecklichen Krieg in der Ukraine – können wir auch als eine Chance fürs Klima betrachten. Angesichts der Leiden der Menschen in der Ukraine und der Sorge der Bürgerinnen und Bürger, ob sie im kommenden Winter genügend Strom und Wärme haben werden, wirkt das aber zynisch. Im Moment lautet die wichtigste Botschaft: Wir tun alles dafür, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Dazu brauchen wir kurzfristig alle Energiequellen, die zur Verfügung stehen. Gleichzeitig müssen wir uns hüten, in veraltete Infrastrukturen oder Technologien zu reinvestieren. Die Gle-



Solarkocher verhindern, dass Holz zum Befeuern der Kochstelle benutzt wird. Die Schweiz gibt Geld an Länder des globalen Südens, damit mehr solche Kocher zum Einsatz kommen.

chung ist einfach: Je schneller wir unsere erneuerbaren Energien ausbauen, desto schneller gehts in der Klimapolitik voran.

Woran denken Sie konkret?
Etwa an die Elektrowiderstandsheizungen, die in vielen Ferienwohnungen stehen. Diese Heizungen verbrauchen sehr viel Strom, vor allem im Winter, wo wir sowieso zu wenig Strom haben. Wenn wir sie durch Wärmepumpen ersetzen würden, könnten wir enorm viel Energie sparen. Anders formuliert: Wir alle müssen uns fragen, wo wir Energie verschwenden. Wir wissen es eigentlich längst, nun müssen wir auch handeln. Ich spüre in der Bevölkerung eine grosse Bereitschaft, etwas gegen die Energieverschwendung zu unternehmen. Das freut mich enorm.

Was tun Sie in Ihren eigenen vier Wänden, um Energie zu sparen?
Mich persönlich ärgert der Stand-by-Verbrauch. Ich habe zu Hause überall Stromschienen. Alles wird abgestellt, was nicht gerade läuft: TV, Radio, PC. Mir ist es auch wichtig, Wasser nicht zu verschwenden. Wer warmes Wasser spart, schont die Umwelt doppelt. So einfache Regeln wie «Hahn abdrehen, wenn man die Zähne putzt oder sich in der Dusche einseift» sind enorm wirksam. In der Summe sind es diese kleinen Dinge, die einen grossen Effekt haben, nicht nur auf die Versorgungssicherheit, sondern auch auf unser Klima.

Simonetta Sommaruga, 1960 in Zug geboren, ist seit November 2010 Bundesrätin und seit Januar 2019 Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation [UVEK]. Von 2010 bis 2018 leitete sie das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement.

Reto Wilhelm studierte in Zürich Deutsche Sprach- und Literaturwissenschaft, Pädagogische Psychologie und Publizistik. Während mehrerer Jahre wirkte er als redaktioneller Mitarbeiter beim Schweizer Fernsehen, bevor er die Gesamtkommunikation der ETH Zürich leitete. Heute ist Reto Wilhelm geschäftsführender Inhaber der Kommunikationsagentur Panta Rhei in Zürich, Glarus, Chur und Amriswil. Schon immer beschäftigte ihn der kommunikative Transfer von komplexen Wissen. Bereits Anfang 2000 hat er sich auf Nachhaltigkeitsberichterstattung fokussiert und berät Unternehmen umfassend auf diesem Sektor.